

STRABS - aktuelle Entwicklung – Gesetzesentwurf - Umsetzung 1 Hj. 2019

Wie ist die gesetzliche Ausgangssituation in Deutschland (Quelle Vssd.eu)?

Abgeschafft: Vier Bundesländer (HH, Berlin, Baden-Württemberg, Bayern) haben sich entschieden, die Kosten nicht auf die Anlieger umzulegen. Bayern hatte zuletzt zum 01.01.2018 die Strabs abgeschafft

Weitere Bundesländer in der Abschaffung

- Meck.-Pomm. – Abschaffung 2020 in Vorbereitung; Kompensation über Grunderwerbssteuer (5 auf 6%)
- Brandenburg – SPD Landesregierung initiiert Abschaffung rückwirkend zu 1.1.2019 (Presseinfo 27.03)
- Rheinland-Pfalz- CDU Antrag zur Abschaffung wird am 29.03. im Landtag eingebracht
- Thüringen (Rot-Rot-Grün) forciert Abschaffung via Grunderwerbssteuer mit Priorität
- NRW hat eine Volkinitiative mit bisher 400.000 Unterschriften initiiert

Kommunen in Abschaffung

- Hessen – 40 Kommunen haben abgeschafft
- In Schleswig-Holstein besteht Kann-Regelung – 80 % der Kommunen verzichten freiwillig
- In Niedersachsen haben sich in 2017/18 bereits über 60 Gemeinden gegen Straßenausbaubeiträge entschieden. U.a. hat die Stadt **Hannover** die Beiträge zum Jahresanfang 2018 abgeschafft.

Niedersachsen zählt zu den sechs Bundesländern, in denen jede Kommune selbst entscheiden darf. Der **Gesetzesentwurf der Großen Koalition** wurde in den Landtag eingebracht; er sieht **keine Abschaffung**, sondern nur „Erleichterungen“ vor (Entwurf auf unserer Homepage):

- Verrentung der Beitragsschuld über 20 Jahre, Keine Bedürftigkeitsprüfung
- Flexible Verzinsung der Beitragsschuld bei Verrentung von bis zu 3% über dem Basiszinssatz
- Möglichkeit einer sog. Tiefenbegrenzung / Abschlag bei Eckgrundstücken
- Individuell von der Kommune festzusetzender beitragsfähiger Aufwand
- Zuschüsse Dritter müssten (div. Ausnahmen) berücksichtigt werden und mindern die Beitragspflicht
- Verkehrsanlagen müssen mind. 25 Jahre alt sein (sonst Sonderregelungen)

Fazit - Trotz deutschlandweiter Tendenzen zur Abschaffung kann sich Niedersachsen nicht durchringen, die Strabs abzuschaffen; die Belastungen der Bürger variieren weiterhin stark, liegen Ø bei 15-20.000 €.

Verbände – die Verbände Haus und Grund , Mieterbund, Bund der Steuerzahler, Landvolk, Verband für Wohneigentum haben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen den Gesetzesentwurf ausgesprochen – vgl. eigenen Aushang!

Wie ist die Lage in Wunstorf?

- Wunstorf hat eine Satzung erlassen, die in Verbindung mit dem Landesrecht die Straßenausbaugebühren regelt. In sogenannten Anliegerstraßen zahlen die Anlieger 75% der umlagefähigen Kosten, in Durchfahrtsstraßen 50%. Diese Satzung wäre – ohne Änderung - bis 2021 gültig.
- Wenn sich nichts ändert, werden sich für die geplanten Baumaßnahmen die Beteiligung der Bürger über die Strabs von 924.000 € auf ca. 1.8 Mio. € bis 2021 nochmal verdoppeln. Die Strabs-Beiträge machen in Wunstorf ca. 1% vom Haushalt (ca. 85 Mio. €) aus. Im **Veilchenweg Luth**e betragen die Baukosten 670.000 €. Die umlagefähigen Kosten (356.000€) werden auf die 25 Anlieger je nach Umlagekriterien verteilt und liegen zwischen 8.000 und 30.000 €.
- Um die Meinungen / Aussagen der Wunstorfer Parteien zu verdeutlichen, haben die Bürgerinitiativen eine Übersicht erstellt – **siehe extra Aushang**

Welche Meinung hat die Wunstorfer Politik?

- **Alle Parteien** beschreiben die soziale Ungerechtigkeit und bekennen sich mehr oder minder zum Änderungswillen; fraglich sind immer der Zeitpunkt und die Höhe der Entlastung. Hierzu muss man

wissen, dass die Grundsteuer bis Ende 2019 neu geregelt werden muss; für die Ausplanung/Umsetzung hätten dann die Bundesländer aber bis 2024 Zeit.

Welche Umfragen / News liegen vor:

- Die **SPD** möchte „ergebnisoffen“ diskutieren (vgl. H. Klant). Ein konkreter Vorschlag liegt bisweilen nur von der SPD in Luthe vor.
- Die **CDU** hat nach ihrer Umfrage den Wählerwillen aufgenommen, zögert aber noch in der Umsetzung. Ihr Vorschlag ist, die Landeslösung als Interimslösung zu übernehmen (s.o.) und dann die Abschaffung der Strabs zu unterstützen, sobald die Gegenfinanzierung über die „neue“ Grundsteuer realisierbar ist.
- Die **Grünen** hatten eine online-Umfrage gestartet und hatten mit 850 Teilnehmern ebenfalls eine klare Botschaft – abschaffen und über Grundsteuer kompensieren.
- Die **AfD** hat bereits in 09./2018 die Abschaffung der Strabs gefordert, ein erneuter Antrag liegt zum 12.06. für den Wirtschafts- und Finanzausschuss vor.
- Die **FDP** ist dafür, die Strabs abzuschaffen und möchte die Mittel dazu aus Landesmitteln bestreiten.
- **NEU** – Die CDU und unser Bürgermeister haben sich dafür ausgesprochen, bis zur Ratifizierung der neuen Landeslösungen keine Vorleistungsbescheide / Abrechnungsbescheide mehr zu erstellen. Eine neue Satzung wird es dann voraussichtlich im 2. Hj. 2019 geben.
- **Offen** – bleibt die Art und Weise der Umsetzungen, z.B. ob zukünftig Anliegerstraßen nur noch mit 60% der umlagefähigen Kosten veranlagt werden. Ungeklärt sind auch der administrative Aufwand für die voraussichtlich hohe Zahl der „Annuitäten-Regelungen“ bzw. der Zinssatz (Vorschlag 3%) selbst.
- **Zielfoto** - Wenn man richtigerweise erkannt hat, dass Bürger hier einer Ungerechtigkeit unterliegen, diese auch quer durch Deutschland gerügt wird, andere Bundesländer und Kommunen abschaffen, darf man nicht abwarten, bis die Verwaltungsanforderungen „netter“ geworden sind.
- Eine **moderate Anhebung** des Grundsteuerhebesatzes von 490 Pp um ca. 50 % Pp bedeutet für selbstgenutzte Grundstückseigentümer als auch für vermietete Immobilien (Weitergabe über die Nebenkosten) eine moderate Steigerung zwischen **netto 25 - 60 € per anno** (Quelle Stadt Wunstorf).
- Somit tragen alle Nutzer der Infrastruktur zum Erhalt der Straßen bei.

Daraus ergeben sich auch die Forderungen der **Bürgerinitiativen** – Prio 1 - 3:

- I. Abschaffen - und über Landesmittel (Konnexität) kompensieren
(analog FDP-Antrag)
- II. Abschaffen - und über Grundsteuer-Hebesatz kompensieren
(CDU / CDU-Luthe Vorschlag)
- III. Erleichterungen - Minderung der Last über verringerte Anliegerprozente, Verrentung und Zinssatz
(analog dem Entwurf der Landeslösung oder dem SPD-Luthe-Vorschlag)

Wir freuen uns auf eine aktive Diskussion – Ihre Bürgerinitiativen aus allen Ortsteilen Wunstorfs